

La Prensa Gráfica, 6. Oktober 2011

Von Fernando Romero

Deutsche Delegation schlägt vor, Hilfe an Bedingungen zu knüpfen

Abgeordnete schließen Besuch mit negativen Eindrücken ab

Die zwischen Deutschland und **El Salvador** vereinbarte Entwicklungszusammenarbeit soll an Ergebnisse und die Erfüllung von Abkommen geknüpft werden. So lautete eine der Schlussfolgerungen des Berichts, den sieben Abgeordnete aus dem Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages gestern abgaben.

Die Abgeordneten besuchten **El Salvador**, um die Menschenrechtssituation zu untersuchen. Zu den auffallendsten Eindrücken der deutschen Delegation gehörten: unkontrollierbare und steigende Kriminalität, niedrige Schulbesuchsquote, mangelnder Zugang zum Gesundheitswesen, extreme Armut, Ungleichheit der Geschlechter, Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche, politische Gewalt, schwache Institutionen, Straffreiheit, Korruption und mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit INTERPOL.

Ihrer Ansicht nach liegt die Bewältigung dieser Probleme in der Verantwortung der drei Staatsgewalten. Der Vorsitzende des Ausschusses Tom Koenigs betonte, dass es nicht um eine Kürzung oder Verweigerung der Hilfe gehe, bis die Probleme des Landes gelöst seien, sondern dass Deutschland sogar bei der Entwicklung einer Vision für El Salvador für die langfristige Behebung der Schwierigkeiten des Landes unterstützend mitwirken könne.

„Wir dürfen nicht zu viel verlangen. Nach und nach führt ein richtiger Schritt zum nächsten richtigen Schritt und schließlich zu guten Ergebnissen“, versicherte der Abgeordnete.

Eindringlicher wurde die Delegation, als sie die mangelnde Zusammenarbeit El Salvadors mit INTERPOL im Fall der für das Massaker an den jesuitischen Geistlichen im Jahr 1989 angeklagten Militärs ansprach.

„Die Verweigerung der Zusammenarbeit mit INTERPOL gefährdet die gesamte internationale Hilfe“, sagte Koenigs. „Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Europäischen Union, sollte ihre Hilfe (für **El Salvador**) von einer Zusammenarbeit mit INTERPOL abhängig machen.“